



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

---

## DR. ARTIS PABRIKS

Stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister  
der Republik Lettland

---

### NACH DER KRISE – WIRTSCHAFTS- UND SICHERHEITSPOLITIK LETTLANDS IM 21. JAHRHUNDERT

---

#### ARTIS PABRIKS

---



1966	in Jurmala, Lettland geboren	2004-07	Außenminister der Republik Lettland
1992	Fakultät für Geisteswissenschaften, Fachbereich Geschichte der Universität Lettland	2006-11	Professor an der Hochschule Vidzeme
1996	Fakultät für Geisteswissenschaften, FB Politische Wissenschaften der Universität Århus, Dänemark – Doktorgrad der politischen Wissen- schaften; Professor Mitglied Akademie d. Wissenschaften	2004-07	Abgeordneter im lettischen Parlament, der Saeima
		2003-04	Politischer Analyst, Berater der Stiftung für politische Bildung, Lettland (PIF)
		seit 2002	Mitglied des redaktionellen Vorstands der Zeitschrift „Baltic Review“
		seit 2002	ECRI (Europarat) stellv. Mitglied für Lettland
		2001-03	Politischer Analyst am lettischen Zentrum für Menschenrechte und ethnische Studien
	Berufliche Laufbahn	1996-06	Assoziierter Professor an der Hochschule Vidzeme
s. Nov.	Stellvertretender Ministerpräsident	1996-97	Rektor der Hochschule Vidzeme
2010	der Republik Lettland. Verteidigungsminister der Republik Lettland	1994	Außerordentlicher Dozent an der Universität Århus
2007-10	Abgeordneter im lettischen Parlament, der Saeima; Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Europäischen Ausschuss; Vorsitzender der Interpar- lamentarischen Koordinationsgruppen für Japan, Südkorea und Montenegro	1998-90	Wissenschaftlicher Assistent an der lettischen Akademie der Wissen- schaften

---

VORTRAG AM 26. NOVEMBER 2013



Das letzte Mal, dass ich meinen Redebeitrag auf Deutsch vom Blatt abgelesen habe, war vor knapp 20 Jahren, genauer gesagt: auf meiner Hochzeit. Damals hatten Freunde und Verwandte sich um Kurzweil bemüht und so fiel meiner Frau und mir die Ehre zu, aus Loriots „Szenen einer Ehe“ vorzulesen, nämlich die Geschichte mit dem Frühstücksei, „Vier – ein – halb – Minuten gekocht, bitte“. Worte, die mir an jenem Tag so gar nicht über die Lippen wollten ...

Normalerweise halte ich meine Vorträge und Reden frei. Da ich heute jedoch gehalten bin, zu Ihnen auf Deutsch zu sprechen, ist mir dies nicht möglich – denn so gut ist mein Deutsch leider nicht. Darum also heute vom Blatt, versehen mit der Bitte um Nachsicht, was mein Lesen und meine Aussprache betrifft.

Seit nunmehr fünf Jahren leben wir in einer Welt, in der das Wort „Krise“ zum ständigen Begleiter geworden ist. Das Wort „Krise“ als Beschreibung der Lebensverhältnisse von Individuen, von Gesellschaften, von ganzen Ländern in Europa und der gesamten Welt scheint beinahe schon zur Normalität geworden zu sein. Vor einigen Wochen, abends in der Tagesschau, fasste ein Journalist diesen Umstand mit einer angenehmen Portion Ironie treffend zusammen: Die Krise habe sich stabilisiert! Ich denke, jener Journalist hat die derzeitige Situation mit seinen Worten sehr passend beschrieben. Mir scheint, viele von uns, viele in Europa und auf der ganzen Welt fühlen sich derzeit in einer beinahe schon permanenten Krise. Ich halte diesen Umstand allerdings für einen gefährlichen Präzedenzfall, da dies bedeutet, dass etwas Anormales auf gewisse Weise zu einer Art der Normalität geworden ist. Ein Widerspruch in sich selbst.

Gehen wir an dieser Stelle einmal zu den griechischen Ursprüngen des Wortes „Krise“ zurück: „trennen“ und „unterscheiden“. Eine Krise ist demnach ein Ereignis, das zu einer instabilen und gefährlichen Situation führt oder führen kann, die ihrerseits ein Individuum, eine Gruppe, eine Gesellschaft, ein Land oder einen Kontinent beeinflusst. Als Krise bezeichnen wir im Allgemeinen negative Veränderungen in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Politik, Gesellschaft oder Umwelt, besonders wenn diese abrupt, plötzlich auftreten, mit geringer oder keiner Vorwarnung. Etwas allgemeiner gesprochen ist eine Krise ein „Notfall-Ereignis“ oder aber eine „Testzeit“, eine Zeit der Prüfung und Überprüfung.

In meinem heutigen Vortrag und in der Diskussion, die hoffentlich folgen wird, werde ich über die Auswirkung jener jüngsten Krise auf die Wirtschaft Lettlands, die Sicherheit und die allgemeine Situation sprechen. Es ist mehr als offensichtlich, dass das vorzutragende lettische Beispiel der Situation in vielen anderen von der Krise betroffenen Ländern ähnelt. Somit ist Lettland hier eigentlich nur ein Beispiel dafür, wo wir alle in dieser Krise stehen, die uns zu einem Zeitpunkt traf, an dem wir nicht damit gerechnet hatten.

Mit anderen Worten, ich möchte diese mir von Ihnen gebotene wunderbare Möglichkeit nutzen, um Ihnen zu skizzieren, wie Letten denken und was sie denken. Wie wird in Lettland über die Welt im Allgemeinen gedacht? Und was hat die weltweite Finanzkrise an diesem Denken verändert hat? Zudem möchte ich fragen, wie die gewandelte Sicherheitssituation unser Denken beeinflusst.

Vielleicht werden Sie meine Ausführungen für subjektiv halten. Zweifellos hat Deutschland seinen eigenen Standpunkt, und der ist nicht unbedingt immer identisch mit dem unseren. Jeder hat seine Meinung, aber dennoch bilden wir alle zusammen eine enge Gemeinschaft. Uns alle verbindet nicht nur eine gemeinsame und eng verwoogene Geschichte, sondern zudem der klare politische Wille, unsere europäische Einheit, unsere europäische Gemeinsamkeit zu stärken und diese weiter zu etablieren.

Hierfür ist es ganz wesentlich, eigentlich unumgänglich, dass wir uns noch besser kennenlernen als bislang. Wir sollten ohne Vorbehalte bestrebt sein, die soziopolitischen Auffassungen des anderen sowie die jeweiligen Begründungen dafür kennenzulernen. Wir sollten offener und interessanter aufeinander zugehen und uns vertraut machen mit den jeweiligen regionalen Umständen und den daraus resultierenden Denkweisen.

Nur mit einem derartigen Wissen und Verständnis ist es möglich, Standpunkte zu teilen, gemeinsame Ideen und echte Sympathien zu entwickeln.

Ich bin ein überzeugter Anhänger von John Locke, der argumentiert, dass Menschen rationale Wesen sind, die mit Blick auf das gemeine Wohlergehen zur Zusammenarbeit tendieren. Und ich stimme mit John Locke überein, dass Menschen von Natur aus GUT sind!

Zu Beginn meines Vortrages möchte ich einige Hypothesen aufstellen.

- Zum einen bin ich davon überzeugt, dass die Bereiche Wirtschaft und Sicherheit eng miteinander verflochten sind.
- Des Weiteren möchte ich die Behauptung aufstellen, dass nur wirtschaftlich starke Einheiten, seien dies nun Staaten oder Organisationen, in der Lage sind, Sorge zu tragen für ein hinreichendes Maß an Sicherheit. Im Umkehrschluss gilt, dass nur ein hinreichendes Maß an Sicherheit die notwendigen Voraussetzungen für wirtschaftlichen Wohlstand und Aufschwung gewährleisten kann.
- Drittens möchte ich die These aufstellen, dass Regionen als potentielle Spannungsgebiete zu betrachten sind, in denen sich ein relativ reicher Staat in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem relativ armen Staat befindet. Hier können wir bereits von Unsicherheit sprechen.

Nehmen wir zudem an, dass in einer solchen Region, in der relativ Arm und relativ Reich eine gemeinsame Grenze teilen, die Einstellungen gegenüber Sicherheitspolitik unterschiedlich sind, so wird sich dies zum Beispiel in unterschiedlich umfangreichen Verteidigungsausgaben widerspiegeln. Ich denke hier zum Beispiel an Regionen wie die koreanische Halbinsel oder aber den Kaukasus mit dem Konflikt des Jahres 2008 zwischen Russland und Georgien. Unter derartigen Vorzeichen erhöht sich das Potenzial einer Spannung; es könnte vielleicht sogar zu einem Konflikt kommen.

Lassen Sie mich mit einem kurzen Blick zurück in unsere jüngste Vergangenheit beginnen:

Anfang der 90er-Jahre, die Sowjetunion war gerade implodiert, war es der Traum und das Ziel der baltischen Staaten, „nach Europa zurückzukehren“! Mit „Europa“ meinten wir damals nicht nur den wirtschaftlichen Wohlstand, den sich der westliche Teil Europas in den Jahrzehnten nach Beendigung des 2. Weltkrieges erarbeiten konnte. Wenn wir damals von „Europa“ sprachen, hatten wir nicht nur die im Westen Europas errungene politische und militärische Sicherheit vor Augen. Ganz selbstverständlich galt „Europa“ auch als Synonym für einen gemeinsamen Kanon von Werten. Diese Werte sind unserem westlichen Verständnis eigen und liegen infolgedessen allen europäischen und den nordamerikanischen Verfassungen zugrunde ebenso wie unserer gemeinsamen europäischen Verfassung.

Diese gemeinsamen Werte – wie viel ist über sie in den vergangenen Jahren nicht schon geredet worden – diese Werte haben ihren Ursprung in christlichen Traditionen sowie griechischer Philosophie und zuletzt dem römischen Recht. Diese Werte umfassen so grundsätzliche Überzeugungen wie das Recht des Einzelnen, verfassungsmäßig begrenzte Rechte der Regierung und die Teilung zwischen Öffentlichem und Privatem. Mehr noch, diese Werte stehen zudem auch für Toleranz gegenüber religiösen, ethnischen, sexuellen oder anderen Minoritäten sowie für den Respekt für die allgemeinen Menschenrechte.

Damals, Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre, haben wir uns auf eine lange und nicht einfache Reise begeben, weg vom sowjetischen Totalitarismus und russischer Assimilation, fort von einem System, das nur wenige, wenn überhaupt einen der eben genannten Werte respektierte. Damals haben sich die Menschen im Baltikum aus eigenem Willen entschieden, dass sie freie Frauen und Männer sein wollen – und sie haben sich auf den Weg begeben. Was geschah dann? Wir glichen unser Rechtssystem an, wir öffneten und liberalisierten unsere Wirtschaft und wir wählten als freie Bürger unser freies Parlament und einen Staatspräsidenten.

Die Früchte dieser Arbeit wurden nur wenige Jahre später deutlich, als Lettland zusammen mit Estland und Litauen im Jahre 2004 entgegen allen Widrigkeiten sowohl in die Europäische Union als auch in die NATO aufgenommen wurde. Paradoxerweise erfolgte die Mitgliedschaft im nordatlantischen Bündnis sogar einen Monat

vor Eintritt in die EU. Für diesen Schritt waren große Vorbehalte aufseiten unserer Verbündeten auszuräumen, seien diese nun aus Gewohnheit, aus Angst und Vorsicht oder einfach aus dem Unwillen heraus, Entscheidungen zu treffen, begründet.

An dieser Stelle muss ich allerdings gestehen, dass es um vieles einfacher ist, formal ein System, Gesetze, Normativakte oder Vorschriften zu ändern als die Denkweise, Überzeugungen und Gewohnheiten von Menschen. Mit anderen Worten, es ist unbestritten schwieriger, im Geiste frei zu werden, als lediglich das eigene Aussehen zu wandeln. Ähnlich schwer mag es für den Nachbarn sein, seine Gesinnung zu ändern. Es ist zweifellos nicht einfach, jemanden beziehungsweise ein Land zu respektieren, das es für 50 Jahre nicht gab. Es fällt nicht leicht, Menschen, ganze Gesellschaften nun als unabhängig und frei zu akzeptieren, die bislang dem eigenen Einflussbereich zugeordnet waren.

Auch in westlichen Medien halten sich manche Stereotypen bis zum heutigen Tag. Nicht selten wird mit Blick auf Länder und Leute im östlichen Europa gesagt, dort spreche man mit einem „osteuropäischen Akzent“. Wie kann das sein? In jenem Teil Europas gibt es slawische Sprachen, baltische, finno-ugrische ... und dennoch sprechen alle mit einem und demselben Akzent? Wie hörte sich dann ein „westeuropäischer Akzent“ an? Schwedisch? Oder Französisch? Oder Englisch? Ein anderes, aktuelles Beispiel: Kürzlich, im Zusammenhang mit dem tragischen Einsturz eines Einkaufszentrums in Riga, nannte der hoch angesehene BBC Lettland „die ehemalige Sowjetrepublik“. Ich frage mich, ob der BBC Indien als „ehemalige britische Kolonie“ bezeichnen möchte.

Doch einige würden sagen, überlassen wir die Geschichte den Historikern und sprechen lieber über Gegenwart und Zukunft. Mir erscheint es jedoch schwierig, wenn nicht gar unmöglich, heutige und zukünftige Möglichkeiten klar zu beurteilen und fundierte Entscheidungen zu treffen ohne geschichtliche Erinnerungen, Erfahrungen und Wissen. Ich möchte hier warnend den Finger heben, denn es will mir scheinen, dass, durch die Krise angestoßen, häufig die Geschichte in Vergessenheit gerät.

Jeder scheint mit sich selbst beschäftigt, wirtschaftliche Engpässe, Sparpolitik, Kürzungen ... Vielerorts in Europa, dort, wo Menschen von der Krise betroffen wurden, werden Forderungen laut, die Grenzen zu schließen. Mancher möchte Augen und Ohren verschließen, in der Hoffnung, dass jeder Einzelne alleine vielleicht doch besser durch die Krise kommt und somit für andere nicht gedacht und nicht gezahlt werden muss. Wie vor mehr als hundert Jahren flammt mancherorts die Hoffnung auf, dass Nationalstaaten die Probleme besser werden lösen können, als wenn wir alle in Europa zusammenhalten und gemeinsam und voller Überzeugung an der Lösung arbeiten.

In Deutschland konnten wir verfolgen, wie an der letzten Bundestagswahl eine neue antieuropäische Partei teilnahm, die glücklicherweise an der 5%-Hürde scheiterte. In Frankreich und den Niederlanden formieren derzeit rechtsradikale Parteien ein Bündnis mit Blick auf die Europaparlamentswahlen im Mai kommenden Jahres. Ihre Absicht ist offensichtlich: die Dekonstruktion dessen, was in Europa nach dem 2. Weltkrieg erschaffen wurde! Mit diesem Parteienbündnis werden sich vielleicht noch weitere, ähnlich gesinnte Parteien aus Österreich, Belgien, Schweden, eventuell sogar aus meinem Heimatland Lettland verbinden. Und schauen wir nach Großbritannien, so sehen wir, dass dort sogar über eine Volksabstimmung diskutiert wird, die über Großbritanniens EU-Mitgliedschaft entscheiden soll. Diese Beispiele – um nur ein paar zu nennen – scheinen mir seltsam, unheimlich, alarmierend und sehr kontraproduktiv!

Es scheint, als spreche die europäische Idee in Europa zunehmend weniger Menschen an. Das durchlebte Leid von zwei Weltkriegen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, welches letztlich den Anstoß gab und die Überzeugung nährte, dass nur ein geeintes Europa ein friedliches und ein starkes Europa sein könne, dieses Wissen ist in den Köpfen vieler immer mehr verkommen zu „Geschichte“, „Vergangenheit“, zu einem „Märchen“ ohne offensichtlichen Bezug zur Gegenwart.

Nicht von ungefähr kommt es daher, dass ein Großteil der europäischen Jugend, aber auch zahlreiche Politiker denken, dass für Europa keine wirkliche Bedrohung mehr bestehe. Folglich wird auch keine Notwendigkeit mehr für militärisches Engagement innerhalb oder außerhalb Europas gesehen. Für den Fall der Fälle, dass sich das Unglaubliche dann aber doch noch ereignen sollte, hält man sich – je nach der eigenen Philosophie – an den Glauben, dass entweder die USA oder Gott schon helfen werde!

Wie anders wäre es zu erklären, dass die militärischen Sicherheits- und Verteidigungsausgaben in Europa von Jahr zu Jahr sinken? Führen Sie sich einmal vor Augen, dass vor zehn Jahren der Beitrag der USA zu den NATO-Aufwendungen 50% betrug, heute sind es bereits 75%! Was wir derzeit beobachten können, ist zum einen die Abrüstung Europas und zum anderen die Anfechtung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Europas wirtschaftlicher Einfluss in der Welt droht sich zu verringern. Dieser Prozess wird sich noch beschleunigen, je impotenter wir in Europa werden, für unsere eigene Integrität, für unsere gemeinsamen Institutionen und für unser Gemeinwohl zusammen einzustehen. Die Welt wird nicht auf uns warten. Europas Platz in der Welt wird jemand anders einnehmen, wenn wir uns nicht rechtzeitig zu gemeinsamem Handeln entschließen. Ist das wirklich, was wir wollen?

Geografisch ist Lettland am äußersten Rand des modernen Europas lokalisiert. Jegliche geopolitische Veränderung wird uns spürbar stärker beeinflussen als Länder wie Italien, Griechenland, Spanien oder auch Deutschland. Während die Verringerung von Europas globalem Einfluss für den Rest der Europäischen Union vor allem eine Verringerung des Einkommens oder die Reduzierung des relativen Wohlstandes bedeutete, könnte dies für uns schnell zu einer existenziellen Frage werden. Wird es mein Land auch weiterhin geben, oder nicht? Zweifellos sind wir in Lettland nicht perfekt. Ohne Frage sind wir klein und arm, ABER: Wir sind überzeugte Europäer!

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle eine Parallele aus meinem eigenen Leben aufzuzeigen: Als junger Mann, als Student in Riga und Århus/Dänemark, galt mein Hauptinteresse meinem Land, Lettland. Europa und somit die Europäische Union schienen mir damals ein guter Garant zu sein für Lettlands Unabhängigkeit. Europäischer Föderalismus, also die Vertiefung der Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, war damals für mich ein Angebot, von dem nicht unbedingt Gebrauch gemacht werden musste. Ich bevorzugte für mich und für mein Land die EU als einen Verbund souveräner Nationalstaaten. Ich muss Ihnen gestehen, dass ich in den vergangenen zehn Jahren meine Meinung diesbezüglich grundsätzlich gewandelt habe. Nur ein starkes Europa kann meiner Meinung nach im 21. Jahrhundert bestehen. Nur eine Union, die mit einer Stimme spricht, eine Union, die nationale Eitelkeiten zugunsten des Großen und Ganzen zurückstellt, kann auf internationaler Bühne auch in Zukunft eine ernst zu nehmende Rolle spielen.

Wir sind überzeugte Europäer. Wir geben unser Bestes, um durch unsere Arbeit national sowie auch international die gemeinsame europäische Idee und europäische Institutionen zu stärken und zu unterstützen. Denn wir sind uns bewusst, dass jede Alternative zur EU mehr Anfechtungen birgt, als uns lieb ist. Das kommende Jahr, das Jahr 2014, wird für Lettland sehr symbolisch werden. Zehn Jahre werden vergangen sein, seit Lettland Mitglied der Europäischen Union und der NATO wurde, Etappen in der Geschichte meines Landes, die für uns von außerordentlicher Bedeutung waren und sind. Zur gleichen Zeit wird Lettland im Januar als 18. Land den Euro als Zahlungsmittel einführen, wodurch der Prozess der Eurointegration vollständig abgeschlossen sein wird. Der lettische Beschluss, der Eurozone beizutreten, war für Lettland überaus wichtig. Indem Lettland in die Eurozone aufgenommen wird, kann es zukünftig nicht nur die damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile nutzen und auf diese Weise seinen Einfluss innerhalb der EU sowie auch international mehrern. Ebenso wichtig ist es für mein Land, dass es mit diesem Schritt seine Zugehörigkeit zum Kern der Europäischen Union einmal mehr bestärkt hat. Denn der

Euro ist für Lettland nicht nur eine Frage der Wirtschaft oder der Steuerpolitik, sondern vor allem auch eine Frage der Sicherheit. Gibt es europäische Projekte, eine Vertiefung der Zusammenarbeit, dann wollen wir daran teilnehmen. Wir wollen mit am Tisch sitzen, unseren Beitrag leisten und Europa stärken!

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal zurückkommen auf die Krise. Die Zeit der wirtschaftlichen Krise hat mich als Verteidigungsminister vor große Probleme und Herausforderungen in meinem Verantwortungsbereich gestellt. Die Auswirkungen der Krise waren bitter, denn überall musste gespart werden. Aber letztlich hatte die Krise auch ihre positiven Aspekte, denn angesichts der drückenden Zahlen waren wir in Lettland gezwungen, unsere gesamte Politik unter die Lupe zu nehmen. Kein Bereich wurde ausgespart, kein Ministerium ausgelassen. Ausgewertet wurden sowohl die nationalen Prinzipien als auch die Prinzipien und Prioritäten in jedem einzelnen Politikfeld. Für den Bereich der Verteidigung kann ich behaupten, dass es uns gelungen ist, Reformen durchzuführen, die diesen Zweig effektiver, nachhaltiger und entwicklungsorientierter gestaltet haben. Trotz beachtlicher Kürzungen in den Verteidigungsausgaben konnten und können wir unseren internationalen Verpflichtungen uneingeschränkt nachkommen. Zudem ist es uns gelungen, die Verteidigungsfähigkeit meines Landes zu verbessern. Rückblickend könnte ich beinahe sagen, die Krise war für meinen Bereich beinahe wie eine gut geglückte Diät: Das Fett ist weg, aber die Muskeln sind noch da, und eigentlich sind sie besser trainiert als zuvor!

Viele andere Länder der EU sehen sich derzeit vor eine ähnliche Herausforderung gestellt wie wir vor ein paar Jahren, nämlich sparen zu müssen, ohne an Fähigkeiten einzubüßen. Hier könnte Lettland als Beispiel für eine geglückte Reform gelten. Ein weiterer positiver Aspekt der Wirtschaftskrise betrifft die Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten. Einmal mehr wurde in dieser Krise die große Bedeutung von Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte deutlich. Bereits vor der Krise haben die baltischen Staaten eng im Bereich der Verteidigung zusammengearbeitet, zum Beispiel bei der Gründung der gemeinsamen Baltischen Verteidigungshochschule BALTDEFCOL. Wie Sie alle wissen, bestehen weitere, bereits umgesetzte gemeinsame Projekte im Bereich der Überwachung des baltischen Luftraumes – BALTNET – und des gemeinsamen Marine-Geschwaders BALTRON. Überdies wurden kürzlich die Vereinbarungen abgeschlossen, bis zum Jahre 2016 ein gemeinsames baltisches Bataillon für die Schnellen Eingreiftruppen der NATO (NRF16) zu schaffen.

Wie jede Krise, so birgt auch diese Krise den positiven Aspekt, dass sie zum Innehalten aufruft, zum Überdenken eingefahrener Verhaltensmuster anregt, bestehende oder entstehende Mängel deutlicher vor Augen führt und auf Handlungsbedarf verweist. Wenn wir in Zukunft in Europa auf dem Niveau an Sicherheit und Wohlstand leben möchten, auf welchem wir uns derzeit befinden, dann ist es an der Zeit, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen. Mein Augenmerk zielt hierbei auf Europas Bereitschaft, Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen, indem wir diesem Bereich größere finanzielle Ressourcen zukommen lassen. Im Laufe von Jahren, Jahrzehnten hat Europa seine Führungsrolle über die eigene Sicherheit verloren, indem wir uns – der Gewohnheit folgend – auf das Engagement der USA verlassen haben. Lange kann dies so nicht weitergehen, denn die USA sind nicht länger bereit, mehr oder minder alleine für die Sicherheit Europas aufzukommen.

Wenn Europa in nächster Zukunft nicht beginnt, sich dieser Frage ernsthaft zuzuwenden, dann besteht die Gefahr, dass sich auf unserem Kontinent ein Sicherheitsvakuum herausbildet. Jemand anderes wird sich finden, der dieses Vakuum füllen wird. Doch ein derartiges Szenario kann nicht im Interesse Europas sein, denn dies beeinflusst nachhaltig auch Europas wirtschaftliches Potenzial, nicht nur innerhalb Europas, sondern auch global. Ohne Zweifel: Wirtschaft und Sicherheit gehen Hand in Hand. Ohne ein sicheres Umfeld fehlen Investitionen und verringern sich die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums.

Im Falle meines Landes kann ich darauf verweisen, dass uns die Jahre der Krise deutlich vor Augen geführt haben, dass wir unbedingt unsere Verpflichtungen und Zusagen nicht nur gegenüber der Europäischen Union, sondern auch gegenüber der NATO einhalten müssen.

Ganz konkret für meinen Bereich gesprochen, bedeutet dies, dass unsere Verteidigungsausgaben von derzeit 1% des Bruttonsozialproduktes bis zum Jahr 2020 auf 2% steigen sollen. Dies ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, besonders vor dem Hintergrund eines solide wachsenden Bruttonsozialprodukts. Dessen ungeachtet müssen wir unser Bestes versuchen!

Ohne jeden Zweifel muss die Erweiterung und Vertiefung multilateraler Zusammenarbeit als ein positives Ergebnis der Krise gewertet werden, denn durch Kooperation können nicht nur Mittel gespart, sondern zugleich auch Ergebnisse optimiert werden. Um mit den Worten von NATO Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zu sprechen: Durch Zusammenarbeit ist 2 plus 2 nicht mehr 4, sondern mindestens 5, wenn nicht mehr.

Im Bereich der Verteidigung bestehen bereits zahlreiche „Smart defence“ Projekte, die genau diesen Zielen dienen. Diese Art der Zusammenarbeit vertieft nicht nur gegenseitiges Verständnis, sondern stärkt überdies die Freundschaft zwischen den Mitgliedsstaaten und erhöht zudem unsere gemeinsame Sicherheit. Diese Art der Zusammenarbeit setzt neue Maßstäbe! Lettland nimmt bereits an mehreren „Smart defence“ Projekten teil. Eine gute Möglichkeit für eine deutsch lettische Zusammenarbeit böte zum Beispiel die Einbeziehung Lettlands in den multinationalen Stab in Ulm.

Eine geeinte und auf gemeinsamen Interessen basierende europäische Sicherheitspolitik hätte eine direkte und positive Auswirkung auf die europäische Militärindustrie. Für Lettland ist es sehr wichtig, dass sich dieser europäische Industriezweig weiter entwickelt, indem kleine und mittelständische Betriebe in deren Zufuhr-Ketten, in die sogenannten „supply chains“, eingegliedert werden. Es ist im Interesse Europas, diese Unternehmenstätigkeiten auch weiterhin zu unterstützen und weiter zu entwickeln. Dabei sollten wir Sorge tragen, dass hochwertige militärische Technologie nicht an dritte Staaten verkauft wird, in dem Versuch, auf diese Weise die negativen Folgen der Finanzkrise auf diesen Wirtschaftszweig zu kompensieren.

Nach wie vor kommt den USA eine sehr wichtige Rolle in der Frage von Europas Sicherheit zu. Darum ist es notwendig, das gegenseitige Vertrauen wieder aufzubauen, welches durch Abhörskandale in der jüngsten Vergangenheit sehr gelitten hat. Leider jedoch hat die Rhetorik der letzten Zeit dabei vor allem die entstandenen Risse vertieft. Eine derartige Entwicklung kommt letztlich jedoch keiner Seite zugute, weder den USA noch Europa. Die negativen Folgen einer solchen Verstimmung werden zuallererst jedoch „am Rand“ und in „kleinen Ländern“ wie den baltischen Staaten zu spüren sein.

Wir alle müssen verstehen, dass auch in Zukunft Herausforderungen, denen es sich zu stellen gilt, am besten gemeinsam mit den USA gelöst werden können. Gemeinsame Werte und gemeinsame Ziele sind das, was Europa und die USA verbindet. Um diese zu stärken und deren Bedeutung zu achten, ist Zusammenarbeit notwendig und erforderlich!

Im Rat der Europäischen Union müssen in diesem Dezember die zukünftige Rolle der europäischen Staaten sowie deren Investitionen für eine gemeinsame Sicherheit diskutiert werden. Nach langer Unterbrechung wird dies für Europas Staatschefs die erste Möglichkeit sein, Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik offen zu diskutieren. Diese Diskussionen werden Europas künftige Position und Bedeutung in den Sicherheitsprozessen der Welt bestimmen. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht ungenutzt vorüberziehen lassen! Sie muss ergriffen werden, um den Blick auf unsere Umgebung zu erweitern und um einen Rückzug in enge und formale Diskussionen zu verwehren.

Lettland bereitet sich ernsthaft auf diese Diskussion vor, da wir sie für ausgesprochen wichtig und zukunftsweisend halten. In der ersten Jahreshälfte 2015 wird Lettland die Ratspräsidentschaft in der EU übernehmen. Dies ist nicht nur eine große Ehre, sondern bietet Lettland die Möglichkeit, sich noch intensiver als bislang in der Europäischen Union einzubringen. Bereits jetzt laufen intensive Vorbereitungen für die Prioritäten, die mein Land in jenem Halbjahr setzen möchte. Diese betreffen die Stärkung der Beziehungen sowohl zwischen der EU und NATO als auch zwischen der Europäischen Union und den USA.

Hier möchten wir vor allem für einen offenen Dialog werben, in dem zum einen Europa seine Bereitschaft offenbart, im Rahmen des Möglichen Eigenverantwortung für die europäische Sicherheit zu übernehmen, zum anderen die USA in ihrem Wunsch bekräftigen, auch zukünftig in Europas Sicherheitsprozesse eingebunden zu sein. Mit Blick auf die Beziehungen zwischen EU und NATO müssen unbedingt Möglichkeiten und Lösungen erarbeitet werden, die die Zusammenarbeit auf ein neues Niveau heben. Beziehungen müssen herausgebildet werden, die sich zum einen auf eine beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gründen und zum anderen die Doppelung von Aktivitäten zwischen beiden Organisationen verringern. Von außerordentlicher Bedeutung ist hier die Schaffung effektiver Zusammenarbeit!

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede folgende Punkte noch einmal zusammenfassen:

Als eines der ersten Länder rutschte Lettland Ende 2008 tief in die Krise. Nach hartem Sparkurs und strengen Reformen kann mein Land nun von sich behaupten, das Tal durchschritten zu haben. Sowohl die wirtschaftlichen Daten als auch der Bereich der Verteidigung stehen im Jahre 2013 besser da als in den sogenannten fetten Jahren vor der Krise. Lettland könnte in mancher Hinsicht Beispiel für andere sein.

Für Europa als Ganzes hat die Krise deutlich gemacht: Wir befinden uns an einem Scheideweg: Große, zukunftsweisende Entscheidungen müssen getroffen werden. Während mancher der Meinung ist, das nationalstaatliche Modell der Vergangenheit sei den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts am besten gewachsen, sind andere überzeugt, dass nur eine bewusste und gewollte Vertiefung einer jeglichen Zusammenarbeit innerhalb von EU und NATO Europas derzeitigen Wohlstand und Sicherheit auf Dauer garantieren kann. Wie bereits Bundespräsident Joachim Gauck auf seinem Staatsbesuch im Baltikum im Sommer dieses Jahres feststellte: „Die Menschen hier [im Baltikum] sind sehr überzeugte Europäer!“

Europas Position in der Welt gründete sich in den Jahren nach Beendigung des 2. Weltkrieges vor allem auf sein wirtschaftliches Potenzial, auf Europas sogenannte „soft power“. Diese Möglichkeit schwindet zunehmend dahin. In Zukunft wird Europa seinen Einfluss und seine Position nur halten können, wenn sich zu der „soft power“ auch das notwendige Maß an „strong power“ gesellt.

Abschließend möchte ich Deutschland noch einmal in aller Form auffordern, sich in allen sich bietenden Bereichen noch intensiver im Baltikum zu engagieren. Dort leben nicht nur „überzeugte Europäer“, sondern dort ist Deutschland auch immer willkommen!

Mit Blick auf die Europäische Union möchte ich noch hinzufügen, dass – gefällt dies oder nicht – größere Staaten größere Möglichkeiten haben und ihnen auch ein größerer Teil an Verantwortung zukommt. Wir sind zwar klein, aber dennoch werden wir jede Initiative unterstützen, die zu einer Stärkung und Vertiefung der Union beiträgt.

Wie heißt es in der Bibel: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.  
Lieben wir das, was uns so nahe ist – lieben wir Europa!  
Und gestalten wir gemeinsam unsere Zukunft!

